

Durch die Versenkung von Kali-Lauge entstehen enorme weitere Risiken

LINKE Abgeordnete fordern Landesregierung auf, eine Klage des Freistaates gegen die Versenkerlaubnis zu prüfen

Das Interesse der Journalisten an der Pressekonferenz zur Problematik Erdfall Tiefenort und mögliche Zusammenhänge mit der Versenkung von Kaliabwässern, zu der Katja Wolf und Tilo Kummer am 6. Januar in den Landtag nach Erfurt eingeladen hatten, war sehr groß.

Die beiden Abgeordneten der Linksfraktion – sie beschäftigen sich schon seit Jahren mit diesen Themen – berichteten über ihre erst kurz zuvor in Tiefenort geführten Gespräche mit den Bürgern vom Erdfallhilfverein und dem Bürgermeister.

für werde sich jedenfalls die LINKE einsetzen.

Vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse zu den Wirkungen von Kalilauge im Kalk- und Gipsstein mit der Folge von langfristig wirkenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Untergrunds, forderte Tilo Kummer die Thüringer Landesregierung auf, zu prüfen, „ob der Freistaat nicht doch gegen die Versenkerlaubnis klagen kann“. Weitere Risiken für die Bevöl-

bikmeter Kalilauge in den nächsten fünf Jahren. Auf thüringischer Seite darf der Konzern kein Laugenabwasser mehr in die unterirdischen Gesteinsschichten versenken.

Gefährdungen, die Hunderte von Jahren bestehen

Das Auftreten der Lauge, deren Zusammensetzung der des Kali-Abwassers aus Hessen ähnele, im Kalk- und



kerung dürften nicht in Kauf genommen werden. In einer ersten Reaktion warnte allerdings das Thüringer Umweltministerium vor voreiligen Schlussfolgerungen. Auch wenn die Tiefenbohrungen abgeschlossen seien, lägen die endgültigen Ergebnisse der Wasseruntersuchung noch nicht vor, hieß es. Mit Ergebnissen sei erst in den kommenden Monaten zu rechnen.

Trotz massiven Widerstands von Bürgerinitiativen, von Grünen und LINKEN aus Hessen und Thüringen – selbst das Thüringer Verwaltungsamt hatte Bedenken angemeldet – hatte vor wenigen Wochen das Regierungspräsidium Kassel dem Unternehmen K+S erneut eine Versenkerlaubnis für die bei der Kaliproduktion entstehenden Laugen erteilt – für 18 Millionen Ku-

Gipsstein bedeute zwar momentan keine aktuelle Gefahr für die Region. Längerfristig sei aber die Standfestigkeit von Grubengebäuden gefährdet und es müsse mit weiteren Erdfällen gerechnet werden, führten die beiden Abgeordneten der Linksfraktion aus.

Auf Nachfrage der Journalisten betonte Tilo Kummer, er sei sicher, dass in diesem Zusammenhang noch viel zu untersuchen sei, „aber es kann nicht sein, dass zwischenzeitlich weiter Kali-Lauge versenkt wird“ – auch oder gerade weil die Auswirkungen nicht unmittelbar sichtbar sind, „sondern oft erst nach Jahren spürbar werden“.

„Wir sprechen von Gefährdungen, die noch für Hunderte von Jahren bestehen“, unterstrich Katja Wolf.



Klassik Stiftung Weimar

Nachdem in einer öffentlichen Anhörung im Landtag zur Klassik Stiftung Weimar erstmals nach der Kritik des Rechnungshofes und dem Evaluationsbericht des Wissenschaftsrates eine Debatte zur Arbeit der Stiftung geführt wurde, mahnte Dr. Birgit Klaubert, Kulturpolitikerin der Linksfraktion, „nun nicht weitere Jahre ins Land gehen zu lassen, ehe den Empfehlungen des Wissenschaftsrates nachgekommen wird“.

Sie habe den Eindruck, dass zwei Sitzungen des Stiftungsrates im Jahr nicht ausreichen, um Weichenstellungen vorzunehmen, die zu einem schlüssigen Gesamtkonzept führen: „Es geht schließlich nicht nur um bauliche Maßnahmen und das Bewahren der Tradition, sondern um die Öffnung in die Gegenwart und die Vernetzung der Stiftung im regionalen und überregionalen Raum. Beispielgebend könnte die bessere Einbindung des Nietzsche-Kollegs sein. Natürlich ist es wünschenswert, dass sich der Bund finanziell noch mehr engagiert. Hausaufgaben müssen aber auch in Thüringen erledigt werden und es bleibt abzuwarten, ob es in der Stiftung die Bereitschaft gibt, auch vom Kulturausschuss des Landtages Empfehlungen entgegenzunehmen.“ Die Stiftung müsste sich nach dem Gesetz nicht daran halten, doch Thüringen sei bedeutender Zuwendungsgeber und über die Haushaltsmittel entscheide der Landtag.

Ladenöffnungsgesetz

„Mit dem neuen Ladenöffnungsgesetz hat die Koalition erneut die Chance verpasst, eine den Thüringer Realitäten angemessene und auf Arbeitnehmerschutz gerichtete Lösung zu finden“, sagte MdL Ina Leukefeld. Der Gesetzentwurf der LINKEN mit einer Begrenzung der Ladenöffnungszeiten auf 20 Uhr fand keine Mehrheit, obwohl sich SPD und GRÜNE gegenüber den Personalräten für eine solche Lösung ausgesprochen hatten. Die Abgeordnete hatte im Landtag am Beispiel der Niedriglöhne im Handel und der mangelnden Kaufkraft in Thüringen die Landesregierung nachdrücklich zu einer Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aufgefordert.

Landesspendenkonto

Den auf Initiative der FDP zustande gekommenen Beschluss des Landtags zur Einrichtung eines Landesspendenkontos bezeichnete MdL Mike Huster als „Ausdruck politischer Hilflosigkeit“. Der LINKE-Abgeordnete ist sich sicher, dass dieses Landesspendenkonto nichts weiter ist als ein erneuter Versuch, den Weg zur gerechteren Steuerpolitik zu blockieren. „Die öffentlichen Kassen brauchen keine staatliche Bettelei, sondern eine faire Besteuerung von großen Vermögen und Einkommen.“ Die Landesregierung müsse sich endlich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuern und die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer einsetzen.

Mentoring

Zwischen dem 13. Februar und dem 16. März bietet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein Mentoring an. Hier gibt es Gelegenheit, linke Politik aus der Nähe kennen zu lernen und eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten der Linksfraktion in dieser Zeit bei der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit zu begleiten. Interessenten sollten sich bitte bis spätestens 31. Januar bewerben. Adresse: Thüringer Landtag, Fraktion DIE LINKE, Olaf Weichler, Jürgen-Fuchs-Strasse 1, 99096 ERFURT.

Die Teilnahme am Mentoring wird rechtlich als Praktikum behandelt und ist mit einer Aufwandsentschädigung von 250 Euro verbunden.

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die ersten Sitzungen des Thüringer Landtags im neuen Jahr finden statt am 25. Januar, 14 Uhr, 26. Januar, 9 Uhr, und 27. Januar, ebenfalls ab 9 Uhr.

Neujahrsempfang 2012:

Die Linksfraktion des Landtags gehört zu den Einladern des Neujahrsempfanges der Thüringer LINKEN am Dienstag, den 31. Januar, Beginn 18 Uhr, im Rathaus der Stadt Erfurt, Rathausfestsaal, Fischmarkt 1.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de